



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 17.09.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 16:22 Uhr
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Vertreterin für Frau Jacobi
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 16:40 Uhr
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Andreas Pohl	Landschaftsplaner
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Steffen Krutz	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Raue wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 4.1

Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung
Vorlage: VII/2020/01026

→ **Beschlussvorschlag wurde geändert (Punkt 3 wurde gestrichen)**

→ **hierzu liegt ein ÄA der Fraktion DIE LINKE vor**

→ **Behandlung unter 4.1.2**

→ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

→ **hierzu liegt ein ÄA der SPD-Fraktion vor**

→ **Behandlung unter 4.1.3**

TOP 4.1.1

Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)

→ **Beschlussvorschlag wurde geändert (Punkt 2 wurde geändert)**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.07.2020
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung
Vorlage: VII/2020/01026

- 4.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01604
- 4.1.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01707
- 4.1.3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01721
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Pilotprojekt Blühflächen/Blühstreifen im Umfeld einer Sportanlage der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/01360
 - 5.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Türöffnern in der Straßenbahn
Vorlage: VII/2020/01598
 - 6.2. Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Müll und Reifenentsorgung in Heide Nord
Vorlage: VII/2020/01599
 - 6.3. Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Zustand der Wege auf der Rabeninsel
Vorlage: VII/2020/01600
 - 6.4. Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Trinkbrunnen auf dem Markt
Vorlage: VII/2020/01601
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.07.2020

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 2. Juli 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung
Vorlage: VII/2020/01026**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01604**

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01707**

**zu 4.1.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01721**

Frau Trettin und Herr Pohl brachten die Vorlage der Verwaltung ein und begründeten diese.

Frau Winkler brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen. Sie regte an, das Open-Data-Portal im Zuge der Fortschreibung zu aktualisieren und Informationen zu Stadtteilen zu ergänzen. Sie warb um Zustimmung zum Antrag.

Herr Dr. Thomas sagte, dass die Vorlage der Verwaltung gut untersetzt ist und bedankte sich für die gute Arbeit. Er gab zu bedenken, dass eine Umsetzung der Änderungsanträge aufgrund der Haushaltslage nicht angemessen ist. Seine Fraktion wird sich bei der Abstimmung der Änderungsanträge daher enthalten.

Herr Raue sagte, dass es sich um ein gutes Konzept handelt. Er bezog sich auf die dazugehörigen Änderungsanträge und sagte, dass es schöne Ideen sind, dennoch die finanzielle Deckung fehlt. Seine Fraktion wird sich daher eine Entscheidung bis zum Stadtrat offen lassen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, nach der Anzahl von Sandspielplätzen und Spielplatzpatenschaften in Halle (Saale).

Frau Trettin sagte, dass ein Sandspielanteil existiert.

Herr Pohl ergänzte, dass es 25 Patenschaften für 23 Spielplätze gibt.

Frau Krimmling-Schoeffler brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Dr. Burkert brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek lobte die Verwaltung. Er fragte die Antragssteller, welche Kriterien bei der Wahl der Standorte zugrunde liegen. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass sich die Änderungsanträge durch die gleichen Standorte überschneiden. Er fragte, wie hoch die Bau- und Unterhaltskosten für die vorgeschlagenen Spielplätze wären.

Frau Trettin sagte, dass eine Aufnahme in die Konzeption nur möglich ist, wenn die Personalkosten für einen Bauspielplatz im Rahmen der Jugendhilfeplanung finanziert werden. Die Investitionskosten für Wasserspielplätze belaufen sich auf circa 100.000 bis 150.000 Euro zusätzlich und die Unterhaltungskosten auf 30.000 Euro zusätzlich.

Frau Krimmling-Schoeffler begründete die Standortwahl damit, dass in diesen Gebieten keine Freibäder vorhanden sind und der Weg zu den nächstgelegenen Bädern zu weit ist.

Frau Ruhl-Herpetzwies nochmal darauf hin, dass die Unterhaltskosten für Wasserspielplätze deutlich höher sind und somit eine finanzielle Deckung nicht gewährleistet ist.

Frau Thomann sagte, dass ihre Fraktion die zusätzlichen Spielplätze befürwortet. Sie regte an, dass die Stadtverwaltung Bürgerinitiativen mit einbeziehen soll.

Herr Feigl merkte an, dass es bei der Konzeption noch nicht um die Finanzierung, sondern um eine Zielrichtung geht. Die Ausgestaltung kann zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden. Des Weiteren fragte, ob es vorstellbar ist, dass Toiletten als eine weitere Zielsetzung der Spielflächenkonzeption aufgenommen werden könnte.

Frau Krischok merkte an, dass die Konzeption für etliche Jahre gedacht ist, daher sollten die zusätzlichen Spielplätze mit aufgenommen werden. Sie warb um Zustimmung für den Änderungsantrag.

Frau Dr. Burkert regte an, auch Trinkbrunnen an Spielplätzen zu installieren.

Frau Mark sagte, dass das Anliegen der Änderungsanträge gerechtfertigt ist und ihre Fraktion daher den Änderungsanträgen zustimmen wird. Sie merkte an, dass daher andere Prioritäten im Haushalt gesetzt werden müssen.

Herr Feigl fragte, wann die Toilettenkonzeption vorgelegt wird.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Trettin gab zu bedenken, dass Toiletten komplett erschlossen werden müssen.

Herr Raue bezog sich auf die Installation von Trinkbrunnen und Toiletten und sagte, dass diese Debatte finanziell nicht zumutbar ist.

Frau Winkler begründete die Standortwahl damit, dass die Gebiete in Fördergebieten liegen.

Herr Doege fragte, ob der Änderungsantrag der SPD-Fraktion rechtswidrig ist.

Frau Trettin antwortete, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr Raue bat um Abstimmung der Beschlussvorlage und der dazugehörigen Änderungsanträge.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)**
Vorlage: VII/2020/01604

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

- ~~1. Unter 8.2 „Neuanlagen und Erweiterungen von Spielplätzen“ sowie unter 8.4.2. „Investitionskosten“ wird die Einrichtung jeweils eines Bauspielplatzes in den Stadtvierteln Heide-Nord/Blumenau, Südliche Neustadt sowie Südstadt als Vorhaben mit hoher Priorität aufgenommen. In diesem Zusammenhang wird die Stadtverwaltung beauftragt, in den o. g. Stadtvierteln städtische Flächen zu definieren, die sich für die Einrichtung eines Bauspielplatzes eignen und über das Ergebnis im Jugendhilfeausschuss im Februar 2021 zu informieren.~~ **Unter 8.2 „Neuanlagen und Erweiterungen von Spielplätzen“ sowie unter 8.4.2. „Investitionskosten“ wird die Einrichtung jeweils eines Bauspielplatzes in den Stadtvierteln Heide-Nord/Blumenau, Südliche Neustadt sowie Südstadt als Vorhaben aufgenommen. In diesem Zusammenhang wird die Stadtverwaltung beauftragt, in den o. g. Stadtvierteln städtische Flächen zu definieren, die sich für die Einrichtung eines Bauspielplatzes eignen und über das Ergebnis im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Februar 2021 zu informieren.**
- ~~2. Unter 8.6.2 „Engagement der Bürgerschaft“ wird am Ende des Kapitels folgender Satz eingefügt: „Ähnlich wie bei den Skateparks, wird die Betreuung der drei geplanten zusätzlichen Bauspielplätze über eine gesonderte Vereinbarung mit Trägern der Jugendhilfe geregelt.“ In diesem Zusammenhang wird die Stadtverwaltung beauftragt, die Betreuung dieser Spielangebote für das Jahr 2022 auszuschreiben.~~ **Die Stadtverwaltung berücksichtigt die Planung von zusätzlichen Bauspielplätzen in Abhängigkeit von zukünftigen Entscheidungen über Projektförderungen der freien Jugendhilfe.**

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)**
Vorlage: VII/2020/01707

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Unter 8.2. „Neuanlagen und Erweiterungen von Spielplätzen“ sowie unter 8.4.2. Investitionskosten“ wird die Einrichtung jeweils eines Wasserspielplatzes in den Stadtvierteln Silberhöhe und Heide-Nord/ Blumenau aufgenommen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dafür geeignete Flächen in den jeweiligen Stadtvierteln zu finden.

Über die Ergebnisse wird im Jugendhilfeausschuss ~~und~~, im Planungsausschuss **und im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung** im Februar 2021 informiert.

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung (VII/2020/01026)
Vorlage: VII/2020/01721**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Es wird ein neuer Beschlusspunkt 3 mit folgender Formulierung wieder eingefügt.

Der Stadtrat trifft für die Stadt Halle (Saale) die Grundsatzentscheidung, dass die Übernahme der investiven Kosten für öffentliche Spielplatzflächen, die durch die Ausweisung neuer Baugebiete im Wege der Bauleitplanung erforderlich werden, mit den Investorinnen und Investoren bzw. den Bauherrinnen und Bauherren vertraglich geregelt werden sollte. Dieses erfolgt unter Zuhilfenahme der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses aktuellen Spielflächenkonzeption, welche die grundsätzliche Verfahrensweise nach einheitlichen Maßstäben festlegt.

zu 4.1 **Spielflächenkonzeption Halle (Saale), 3. Fortschreibung
Vorlage: VII/2020/01026**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt
mit Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**einstimmig zugestimmt
mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die 3. Fortschreibung der Spielflächenkonzeption Halle (Saale) als Handlungsgrundlage zur Entwicklung eines bedarfsgerechten Spielflächenangebotes im Stadtgebiet. Die Spielflächenkonzeption soll nach Ablauf von 5 Jahren evaluiert werden.
2. Die Handlungsvorschläge werden auf Grundlage der getroffenen Prioritätensetzung und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel schrittweise umgesetzt.
3. **Der Stadtrat trifft für die Stadt Halle (Saale) die Grundsatzentscheidung, dass die Übernahme der investiven Kosten für öffentliche Spielplatzflächen, die durch die Ausweisung neuer Baugebiete im Wege der Bauleitplanung erforderlich werden, mit den Investorinnen und Investoren bzw. den Bauherrinnen und Bauherren vertraglich geregelt werden sollte. Dieses erfolgt unter Zuhilfenahme der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses aktuellen Spielflächenkonzeption, welche die grundsätzliche Verfahrensweise nach einheitlichen Maßstäben festlegt.**
4. Neben der Grundstückssicherung für die bestehenden Spielplätze wird für Neubau und Erweiterung von Spielplätzen über ein strategisches Liegenschaftsmanagement das Vorhalten geeigneter städtischer Grundstücke für diesen Zweck bzw. im Einzelfall der Flächenerwerb abgesichert.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Pilotprojekt Blühflächen/Blühstreifen im Umfeld einer Sportanlage der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/01360**

Frau Thomann brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Krimmling sagte, dass alle Unklarheiten im Sportausschuss ausgetauscht wurden. Ihre Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Pilotprojekt Blühflächen/Blühstreifen im Umfeld einer Sportanlage der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/01360**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund ein Pilotprojekt Blühflächen/Blühstreifen auf geeigneten Nebenflächen einer städtischen Sportanlage im Stadtgebiet zu realisieren.

zu 5.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“ Vorlage: VII/2020/00800

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue

Es liegt Ihnen ja unser Antrag zur Auflösung des Reil 78 vor und in dem fordern wir natürlich das Nutzungskonzept auch grundsätzlich für die Fläche zu verändern. Das Reil 78, das wissen Sie alle geht natürlich als Projekt aus einer Hausbesetzung hervor, aus einer illegalen Hausbesetzung und die Stadtverwaltung war damals aus politischen Gründen nicht willens, diesen Missstand der dadurch eingetreten ist, dass man sich eine Immobilie aus öffentlicher Hand herauspresst, diesen Missstand zu beseitigen.

Nach 20 Jahren Nutzung jetzt, ist es aus unserer Sicht angebracht, das noch mal im Stadtrat intensiv zu diskutieren und zu schauen, erstens: Steht die Nutzung, wie sie zurzeit ausgeübt wird, überhaupt im öffentlichen Interesse der Stadt Halle? Das ist das Erste und das Zweite nicht minder wichtige Thema ist natürlich in unserer Konsolidierungsphase der Stadtfinanzen: Ist es überhaupt noch möglich, dass die Stadt Halle zu einem sehr geringen Monatspreis, von Miete will ich da gar nicht sprechen, das ist eben eher die Nutzungsgebühr, die auch offensichtlich nie angepasst wurde, also immer noch den Stand von vor 20 Jahren entspricht, ist die Stadt Halle überhaupt in der Lage, auf andere wirtschaftliche Erträge, die sich mit dieser Immobilie erzielen ließen, zu verzichten?

Wir kommen zu dem Schluss, Nein. Erstens haben sich natürlich innerhalb von 20 Jahren die Immobilienpreise rasant entwickelt. D. h. auch die Grundlage, auf der mal die Miete festgelegt wurde, oder die Nutzungsgebühr festgelegt wurde, die hat sich schon lange verändert. D. h. also mindestens eine Nutzungsgebühr müsste erheblich angepasst werden und aus unserer Sicht ist das so, allerdings mit dem Nutzungskonzept nicht möglich. Viel klüger wäre es natürlich, diese Immobilie möglichst in der Hand der Stadt weiterzuentwickeln, beispielsweise durch eine Sanierung und weitere Errichtung von Wohngebäuden, von Mehrfamilienhäusern, um an dieser Stelle im Prinzip, die wachsende Stadt Halle, den Bürgern unserer Stadt, da eine Möglichkeit zu geben, sich in einer schönen Ecke unserer Stadt gegenüber des Zoos anzusiedeln.

So schlecht ist im Übrigen dieses Grundstück nicht gelegen. Es liegt zwar neben einer Bahnlinie und direkt im Bremsbereich vor dem Zoo, das ist klar. Aber es ließe sich ja die Schallschutzwand verlängern und dann hinter dieser Schallschutzwand hören sie da eigentlich kein Motorenlärm mehr, also es wäre schon möglich, das Grundstück ist schön grün, also es ließe sich da wirklich eine aufgelockerte Bebauung umsetzen und vielleicht 20 Wohnungen schaffen und da können Kinder spielen und das ist also wunderschön. Das würde ich sagen, lege im Interesse unserer Stadt, unserer Stadtgemeinschaft.

Die jetzige Nutzung ist es eigentlich nicht. Die stellt auch eher einen städtebaulichen Missstand dar. Wir haben an den Außenfassaden des Gebäudes und auch an den Außenfassaden der anschließenden Garagen Graffiti und Schriftzüge, teilweise mit Personen und staat-

liche Organe verächtlich machenden Parolen. Jetzt zurzeit steht dran, gestern war das, „George Floyd, von Bullen erschossen oder ermordet oder getötet“, wie auch immer, kommt an dieser Stelle auf das gleiche raus, weil ich will auf die Bezeichnung Bullen, also das ist Vokabular, was eigentlich in der Lage ist die Polizei auch bei uns, auch wenn der Vorfall kein deutscher Vorfall ist aber unsere Polizei zu Delegitimieren und auch verächtlich zu machen. Also das kann nicht im Interesse der Stadt sein, dass es sozusagen an einer direkten Ausfallstraße an einem Gebäude der Stadt Halle, dass die Stadtverwaltung derartige Schriftzüge duldet und ähnliche Schriftzüge gibt es natürlich am Haus selbst, auch im Inneren des Gebäudes. Insgesamt ist der Gesamtzustand bedauernswert und müsste, wenn das Gebäude, was auch unter Denkmalschutz steht, auch irgendwie erhalten werden sollte, müsste das insgesamt angefasst werden, dass das Haus und müsste saniert werden und danach, natürlich entsteht ein ganz anderer Mietpreis und dieser Mietpreis ist natürlich mit dem jetzigen Nutzungskonzept nicht mehr vereinbar und deswegen sollte man dann auch als Mietobjekt nutzen und nicht mehr als sogenanntes Freiraum- oder Freikulturprojekt, als Szenetreff.

Und auch wenn die Stadt Halle ihre Klimaziele ernst nimmt, muss man natürlich auch sehen: uraltes Gebäude, uralte Heizanlage alles uralt, keine Dämmung, weder Fassadendämmung noch Dachdämmung, noch Kellerdämmung, auch keine wärmegeprägten Fenster, alte Heizanlage, wenig energieeffizient, also auch aus dem Aspekt heraus. Wird ja Sommer wie Winter genutzt, Tag und Nacht genutzt. Auch aus diesem Aspekt heraus muss die Stadt Halle verantwortlich jetzt mal ihre eigene Konzeption anwenden und sagen, wir beenden die Nutzung. Entweder wir verkaufen das Gebäude, an eine städtische kommunale Wohnungsgesellschaft oder privat, oder aber wir nutzen die Fläche als Entwicklungsfläche, Potenzialfläche für den Zoo. Diese Gesamtfläche hat großes städtebauliches Potenzial. Also an der Stelle ist die Stadt tatsächlich aufgefordert, aktiv zu werden.

So und jetzt komme ich vielleicht nur noch zu einem letzten Punkt, der uns wichtig ist, der Ihnen auch allen vorliegt, nämlich im Antrag auch eindringlich beschrieben ist, und zwar ist es die Nutzung der gesamten Immobilie durch Linksextremisten in Halle. Und da weiß ich gar nicht, warum sich die Stadtverwaltung so Larifari, so ich klatsch da mal was hin und lehne das einfach mal ab, nach dem Motto „die haben sich ja jetzt nichts zu Schulden kommen lassen, gegen den Nutzungsvertrag wird nicht verstoßen, deswegen sehen wir keine Pflicht zu kündigen.“ Es besteht sicherlich keine Pflicht, erst mal vordergründig ein Vertrag zu kündigen. Aber es besteht eben das Recht ihn auslaufen zu lassen oder zu kündigen. Das ist mal Punkt eins.

Und Punkt zwei zum gesellschaftlichen oder zur öffentlichen Haltung zu Linksextremismus und zum öffentlichen Interesse an Förderung von Linksextremismus möchte ich, weil das ja offensichtlich niemand getan hat in der Verwaltung, mal ein paar Zitate aus den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre vortragen. Ich denke, dazu ist der Ausschuss Ordnung auch tatsächlich der genau geeignete.

(Zwischenrufe)

Herr Raue

Lieber Herr Hahnel, ich antworte mal ganz kurz auf Ihren Einwand. Mir geht es darum, dass wir dieses Thema hier mal ausführlich beleuchten. Und da ist es mir wichtig, weil der Stadtrat seit Jahren in dieser Sache untätig ist, ist es mir wichtig, alles noch mal vorzuholen und dass jedem klar wird, wie seine Stellungnahme dazu sein wird. Aber nicht um irgendwie, ich möchte hier nichts unter den Tisch fallen lassen. Deswegen möchte ich Ihnen kurz aus den Verfassungsschutzberichten vortragen, und zwar... Ich habe Sie gesehen, Sie kommen alle dran. Und zwar geht es uns als AfD in diesem Falle darum, dass wir natürlich mit der roten Hilfe und dem Offenen Antifaplenum im Gebäude, sofort Frau Winkler, im Gebäude, die Begegnung und die Durchführung von verschiedenen Schulungen und Aktionen haben, in einem Gebäude der Stadt, von zwei Organisationen Offenes Antifaplenum und Rote Hilfe, die

im Verfassungsschutzbericht nachweislich als extremistischer Organisation genannt werden. Und das gehört ganz bestimmt nicht zum Förderspektrum, was die Stadt erreichen will, das ich im Prinzip solche Organisationen dort, dass die da Rückzugsräume, Radikalisierungs-räume, Räume finden, wo sie sich im Prinzip, wo sie die moderate linke Szene infiltrieren kann und Räume findet, indem sie sich insgesamt vergrößern kann, wo sie am Ende Rekrutierungs-räume nutzt. Das kann nicht im Interesse der Stadtverwaltung sein und das ist auch ganz bestimmt nicht im öffentlichen Interesse. Und zum Offenen Antifaplenum, kurz gesagt Antifa, das steht im Prinzip im Verfassungsschutzbericht drin, das OAP aus Halle gehört zum sogenannten antideutschen Spektrum. Das zum ersten.

Die Rote Hilfe unterstützt zum Beispiel linksextremistischen Straftäter auf mehrfache Weise. Mittels Kampagnen sollen Sicherheit- und Justizbehörden diskreditiert werden. Zudem schult sie, zu Straftaten bereite Szeneangehörige darin, das Risiko bei einer Strafverfolgung zu minimieren. Das wichtigste Vorgehen besteht in der politischen, logistischen und finanziellen Unterstützung von Linksextremisten, auch im Ermittlungs- und Strafverfolgung und Vollzug. Die Rote Hilfe ist ein zentraler Bestandteil des linksextremistischen Spektrums und der Szene und betätigt sich im Kampagnenfeld Anti Repression. Sie ist eine organisationsübergreifende Unterstützerin von Straftaten, aus den unterschiedlichen Bereichen der linksextremistischen Szene. Die Rote Hilfe bekämpft die Bundesrepublik Deutschland und die, die sie als ein Willkürstaat darstellt, von dem sie eine politische Verfolgung verspürt. Die Rote Hilfe an sich agiert selbst nicht gewalttätig. Allerdings stabilisiert und motiviert sie das Spektrum der generell zu Straftaten bei Linksextremisten unter Einschluss möglicher Gewalttäter. Aufgrund der von der Roten Hilfe gewährten Hilfestellung und Unterstützung werden Einstellungen geweckt bzw. bestärkt, die begangenes Unrecht bagatellisieren und straf- und staatliches Handeln delegitimieren sowie das Abschreckungspotenzial strafrechtlicher Sanktionen verringern. Straftäter werden so von Auseinandersetzung mit dem von ihm verübten Unrecht abgehalten. Die Rote Hilfe erfüllt damit eine gewaltunterstützende Funktion.

So, also zur Antifa habe ich jetzt nicht so viel gesagt. Wir wissen alle, dass die Antifa im allgemeinen OAP, Fenster, nicht nur Fensterscheiben von Autos einschlägt, Reifen zersticht, andere Menschen bedroht, dass die in jedem Fall eine offen-aggressive Stellung bei den Vereinen und bei den Organisationen in der Stadt einnimmt. Auch an der Stelle kann die Stadt nicht wegschauen. Wir haben umfangreiches Recherchematerial zusammengetragen, wann und wo die Antifa im Gebäude aktiv ist. Ich gebe Ihnen das nachher, Herr Paulsen, wann sie aufgerufen hat, wann sie Kampftraining durchgeführt hat, also alles im Gebäude. Die Rote Hilfe ebenfalls veranstaltet im Gebäude unterschiedliche Informationsveranstaltungen, Spendensammlung und dergleichen. Spenden die am Ende tatsächlich nur Straftätern zur Verfügung gestellt werden. Und das kann alles nicht im Sinne unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sein. Die Verfassungsschutzberichte, die zitierten noch ganz viel mehr. Insbesondere, dass eben die Szeneobjekte und so eins ist das Reil 78...

(Zwischenrufe)

Herr Raue

Das ist der letzte Satz und dann möchte ich gerne die Debatte eröffnen. Und das Reil 78 ist eben so ein Szeneobjekt, zumindest wird es im Verfassungsschutzbericht genau als solches bezeichnet, Linksextremisten sind selten in festen Gruppierung aktiv, schreiben sie dazu, um Anschluss an andere Szeneangehörige zu finden, versammeln sich Linksextremisten oft in einschlägigen Szeneobjekten wie das Reil 78. Die gelten als wichtige Widerstandsstrukturen mit entsprechendem Symbolcharakter und sollen im Prinzip gegen die freie kapitalistische Verwertungslogik und der gleichen... sollen sie eben in Verwendung kommen. Mancherorts bilden solche Objekte auf den Rahmen für kulturelle Gegenkultur, die auch mit nicht extremistischen Personengruppen in Verbindung steht aber hauptsächlich natürlich auch Extremisten anzieht. Alles das sind Fragen, den müssen wir uns stellen und ich würde an dieser Stelle jetzt mal in die Diskussion. Frau Winkler bitte.

Frau Winkler

Ich wollte etwas klarstellen. Sie sind hier Ausschussvorsitzender und wenn Sie hier eine Polemik abziehen die sich (unverständlich), dann müssen Sie sich vertreten lassen. Sie haben einen Stellvertreter, dann können Sie sich hier... Sie können nicht beides zusammen machen. Sie können nicht die Sitzung leiten und hier einen halbstündigen Vortrag halten. Läuft nicht. Bitte machen Sie es anders.

Herr Raue

So Herr Hahnel, bitte Sie.

Herr Hahnel

Ja, ich habe mir ein paar Notizen gemacht, die ich ein paarmal wieder mit nach Hause nehmen musste, weil der Antrag ja mehrfach verschoben wurde. Eigentlich, ich ziehe schon mal das Ende vor, eigentlich wenig Sinn, so einen Antrag zu diskutieren, aber Sie haben ja gerade sehr deutlich gemacht, dass es doch nötig ist, zumindest auf diese Polemik kurz einzugehen.

Also die AfD stellt hier wie in anderen parlamentarischen Gremien, in denen sie vertreten ist, nur zwei Arten von Anträgen. Erstens: Anträge in denen ihr rassistisches menschenverachtendes Weltbild und ihr verbissener Kampf, ich finde, das war ein gutes Beispiel gerade, gegen eine offene liberale Gesellschaft offensichtlich wird. Also, wenn zum Beispiel gegen den möglichen Bau einer Moschee in Halle-Neustadt polemisiert wird oder wenn der genaue Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Halle abgefragt wird.

Zweitens: Anträge mit denen versucht wird, sich als normale politische Partei darzustellen, dann geht es zum Beispiel um ehrenamtliche Ersthelferinnen oder den Beitritt der Stadt Halle in ein nahezu unbekanntes Bündnis für biologische Vielfalt. Gerade beim letzten Punkt ist bemerkenswert, wie konsequent die AfD trotz diesem vermeintlichen Engagement für biologische Vielfalt... Ich komme zum Antrag... den Klimawandel leugnet und zum Beispiel im Amtsblatt vom August von einer imaginären Klimakrise spricht. Beim vorliegenden Antrag handelt sich um eine Kombination der vorgenannten Antragsarten, die auf AfD stört sich daran, dass in einem selbst verwalteten alternativen Zentrum Menschen treffen, die sich, wie das im Antrag genannte OAP als, ich zitiere mal den Verfassungsschutzbericht aber nur ganz kurz, „Anlaufpunkt für antifaschistisch interessierte Menschen“, können Sie mal nachschlagen, steht im VS-Bericht, bezeichnen.

Das ist nicht überraschend und passt zur Logik der AfD, in Halle, in Sachsen-Anhalt oder bundesweit mal offen, mal verdeckt mit Neonazis kooperiert und mittlerweile von weiten Teilen der politischen und medialen Öffentlichkeit als Teil der extremen Rechten bezeichnet wird. Personelle, strukturelle und inhaltliche Überschneidungen mit dieser, also der extremen Rechten, hier aufzuzählen würde den Rahmen eines Redebeitrages sprengen. Ich würde Ihnen mal empfehlen, ab und zu mal samstags über den Markt zu gehen.

Herr Raue

Vielleicht sprechen Sie zum Antrag Herr Hanel.

Herr Hahnel

Ja, das mach ich.

(Zwischenrufe)

Herr Raue

Also entweder Sie sprechen hier zum Antrag oder Sie verlieren das Wort. Überlegen Sie es sich.

Herr Hahnel

Jetzt übertreiben Sie wirklich, aber egal. Das hier im Antrag städtebauliche, finanzielle und sogar ökologische Gründe für den Kampf gegen ein verhasstes sozio-kulturelles Projekt, also die Reilstraße 78 angeführt werden, ist ein leicht durchschaubares Manöver. Wir als Fraktion DIE LINKE haben daher keinen Bedarf an einer Diskussion und muss ehrlicherweise sagen, an einer weiteren Diskussion zum Antrag und werden ihn selbstverständlich ablehnen. Wir möchten alle anderen Mitglieder des Ausschusses bitten diesen Antrag ebenfalls abzulehnen.

Herr Raue

Okay, ich schau trotzdem mal in die Runde, ob noch jemand zum Antrag sprechen möchte. Frau Thomann bitte.

Frau Thomann

Ich stelle fest, dass wir hier im Ausschuss Klimaschutz, Umweltschutz und Ordnung sind. Ich stelle weiterhin fest, dass der Ausschussvorsitzende zum wiederholten Male sein Amt missbraucht und damit gezeigt hat, dass er dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Ich stelle weiterhin fest, wir Stadträte und sachkundigen Einwohner kennen unsere Stadt. Wir kennen die Projekte in dieser Stadt, und wir haben es nicht nötig, uns von Ihnen, Herr Raue, belehren zu lassen.

Herr Raue

Gut, dann möchte ich an der Stelle mal reagieren. Also ich bringe natürlich hier nicht Vokabel wie verhasste Projekte und dergleichen ein. Das bringen ja Sie ein Herr Hahnel. Also es ist für uns kein verhasstes Projekt. Das ist einfach ein Projekt, was in der Öffentlichkeit überhaupt keine Resonanz erreicht, weil es einfach nicht im Interesse der Öffentlichkeit ist. Und an der Stelle muss sich die Stadt Halle tatsächlich fragen, ob sie sowas weiter fördert. Und zu Ihnen Frau Thomann will ich vielleicht noch sagen, also ich missbrauche hier kein Amt. Das würde ich auch nicht machen. Hier kann jeder sprechen zum Thema, solange es eben nötig ist. Das haben Sie von mir auch nicht anders in der zurückliegenden Zeit kennengelernt. Ich lasse, kleinen Moment, wenn ich ausgesprochen habe. Sie haben das von mir in der zurückliegenden Zeit auch nicht anders kennengelernt, als das ich jeden aussprechen lasse, auch gründlich und auch zum fünften Mal. Das ist einfach ein Thema, was mir wichtig ist und deswegen wollte ich Ihnen das auch umfänglich vortragen.

Und nein, ich möchte auch niemanden belehren, aber eins steht auch fest, Sie haben das, auch wenn Sie ihre Stadt kennen, Sie haben dieses Projekt, zumindest die grüne Fraktion so lange geduldet und so lange missachtet, dass hier gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung agiert wird. Das steht im Verfassungsschutzbericht. Ich muss Sie nicht fragen, warum Sie da an dieser Stelle niemals tätig geworden sind. Das sind eben ihre Lieblingsprojekte und das können sie auch sein, aber es müssen nicht die Lieblingsprojekte der Stadtgesellschaft sein und die Stadtgesellschaft hat einen Anspruch darauf, endlich mal an dieser Stelle eine Alternative vorgeschlagen zu bekommen und eine alternative Nutzungsmöglichkeit vorgeschlagen zu bekommen. Und zum zweiten hat sie auch Anspruch darauf, dass die Steuergelder, die wir innerhalb unserer Stadt Halle einsetzen, dass sie auch zum Wohle aller eingesetzt werden und das passiert eben hier nicht. Hier verzichtet die Stadt Halle bewusst seit Jahren, seit 20 Jahren darauf, eine angemessene Entwicklung dieses Objektes zu betreiben und auch die Einnahmen einzunehmen, die sich mit einer vernünftigen Entwicklung auch realisieren ließen und das hat Ihnen die ganze Zeit nicht gepasst und weil ich das hier zur Sprache bringen, sagen Sie, ich missbrauche mein Amt. So bitte. Jetzt ist Herr Feigl dran.

Herr Feigl

Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag. Ich sehe im Moment, dass der Herr Vorsitzender seiner Funktion nicht angemessen durchführen kann. Ich denke, die Argumente sind auch ausgetauscht und es wird zu keiner weiteren Annäherung durch weitere Wortbeiträge führen. Ich beantrage daher den Abbruch der Debatte und die Abstimmung über den Antrag. Danke.

Herr Raue

Gut. Ich möchte dann eine Gegenrede bringen. Und zwar sehe ich es eben nicht so, dass wir die Debatte abrechnen sollten, weil die Argumente sind einfach noch nicht ausgetauscht. Insbesondere ist es noch nicht möglich gewesen, dass die Stadtverwaltung dazu Stellung nimmt und das ist meine Gegenrede, und deswegen möchte ich... Sie können gerne das Ende der Debatte haben. Aber ich hätte trotzdem, bevor ich diesen Antrag jetzt abstimmen lasse, die Stadtverwaltung Stellung nehmen kann, weil, das ist das mindeste, was wir hier an dieser Stelle auch ermöglichen sollten. So das war meine Gegenrede, jetzt lasse ich dennoch ihren Antrag abstimmen. Wer ist für den Abbruch der Debatte an dieser Stelle? Was die CDU, die FDP? CDU, FDP? Das gesamte Haus ist an dieser Stelle für Abbruch der Debatte? Das enttäuscht mich sehr, damit ist die Debatte an dieser Stelle eingestellt und wir führen sie im Stadtrat weiter.

(Zwischenrufe)

Herr Raue

Es geht nicht um den Fachbereich Immobilien, es geht um den Fachbereich Ordnung. Aber gut, an dieser Stelle ist die Debatte beendet. Ich habe gerade überlegt, ob es vielleicht sinnvoll wäre, den Punkt noch mal aufzurufen und jetzt gar nicht abzustimmen. Aber wir können es im Stadtrat auch weiter diskutieren. Gut, dann frage ich jetzt zuerst die sachkundigen Einwohner. Wer stimmt für den Antrag? Da sehe ich niemanden. Gegenstimmen? Da sehe ich auch die Vertreter der CDU als Gegenstimme, das finde ich interessant. Das ist das gesamte Haus.

(Zwischenrufe)

Herr Raue

Dieser Antrag ist durch die sachkundigen Einwohner einstimmig abgelehnt wurden. Dann frage ich die Stadträte, wer stimmt für den Antrag? Ja ich natürlich ich. Gegenstimmen? Bei neun Gegenstimmen und einer Stimme für den Antrag ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt. Enthaltung gibt demzufolge nicht.

-Wortprotokoll Ende-

**zu 5.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Nutzungsvertrag mit dem Verein „KubultubuRebell e.V.“ über das sog. „Kulturobjekt Reil 78“ am Standort Reilstraße 78, schnellstmöglich aufzulösen, nötigenfalls zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und durch eine wohnungswirtschaftliche Nutzung der Immobilie langfristig einen angemessenen Ertrag als Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt der Stadt Halle zu erwirtschaften.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale))
zu Türöffnern in der Straßenbahn
Vorlage: VII/2020/01598**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale))
zu Müll und Reifenentsorgung in Heide Nord
Vorlage: VII/2020/01599**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale))
zum Zustand der Wege auf der Rabeninsel
Vorlage: VII/2020/01600**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.4 Anfrage der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale))
zum Trinkbrunnen auf dem Markt
Vorlage: VII/2020/01601**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zum bundesweiten Warntag

Herr Teschner informierte über den bundesweiten Warntag am 10. September 2020. Die Stadt Halle (Saale) brachte ergänzende Warnsysteme, wie Haltestellendurchsagen, Anzeigen im öffentlichen Personennahverkehr und auf den Verkehrsleitsystemen sowie Informationen auf der haleschen Website, zum Einsatz.

Der Bund löste über MoWaS (Modulare Warnsystem) die regulären Warnmittel aus. Das sind unter anderem Sirenen und Warn-Apps. In Halle (Saale) gibt es Sirenen seit circa 30 Jahren nicht mehr. Am bundesweiten Warntag löste die halesche Warn-App Katwarn nicht automatisch aus, sodass diese durch die Stadt selbst gegen 11:30 Uhr ausgelöst wurde. Laut Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gab es eine Systemüberlastung.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zum First Responder

Herr Teschner informierte anhand einer Präsentation über First Responder (siehe Anlage).

Herr Mämecke nahm Bezug auf die KATRETTTER-App und fragte nach dem zeitlichen Ablauf.

Herr Teschner antwortete, dass die App zeitnah eingesetzt werden soll.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information zum Katastrophenschutz

Herr Teschner informierte anhand einer Präsentation über den Katastrophenschutz (siehe Anlage).

Frau Winkler fragte, wie der Bekanntheitsgrad der Katwarn-App gesteigert werden soll.

Herr Teschner antwortete, dass diese über Mundpropaganda und direkte Steuerung die Bekanntheit erhöht werden soll.

Frau Dr. Burkert fragte, ob der Standort des nächstgelegenen Defibrillators in die KATRETTTER-App zusätzlich impliziert wird. Des Weiteren bat sie darum, über den Ablauf einer Warnung innerhalb der Verwaltung zu informieren.

Herr Teschner antwortete, dass der Fokus der KATRETTTER-App auf der Alarmierung von First Respondern liegt. Er informierte, dass die Verwaltung derzeit ein System zur Alarmierung im Probebetrieb hat.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Thomann zur Baumschutzsatzung

Frau Thomann stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zur Baumschutzsatzung:

Am 15.06.2020 erfolgte auf Einladung der Stadtverwaltung eine Beratung mit Fraktionsvertreter*innen zur geplanten Änderung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle.

Ich frage:

Wann soll den Fraktionen – wie in der Beratung zugesichert – die vorgestellte Präsentation mit den bisher eingegangenen Änderungsvorschlägen zugesandt werden? Wie ist der aktuelle Stand der Erarbeitung eines Entwurfes einer Neufassung? Wann soll die Arbeitsgruppe dazu erneut einberufen werden und wie gestaltet sich das weitere Verfahren vor dem Hintergrund, dass eine zeitnahe Beschlussfassung dringend notwendig ist?

Herr Paulsen antwortete, dass mit der Arbeitsgruppe das weitere Vorgehen und ein ungefährender Zeitplan abgesprochen wurden. Aktuell wird wie geplant eine rechtliche Expertise eingeholt. Bis zum Jahresende wird die Satzung überarbeitet. Sobald ein finaler Entwurf vorliegt, soll dieser vor einer Öffentlichkeitsbeteiligung nochmals mit den Fraktionen gemeinsam besprochen werden. Die Präsentation wird morgen an die Geschäftsstellen versandt.

zu 8.2 Frau Krischok zum Markt- und Volksfestbeirat

Frau Krischok fragte, wann der Markt- und Volksfestbeirat einberufen wird. Sie sagte, dass die neue Ausschreibung zum Töpfermarkt erfolgt ist und eine Beteiligung des Beirats nicht stattgefunden hat. Das ist ein Verstoß gegen die Marktsatzung der Stadt Halle (Saale).

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Frau Dr. Burkert zu Fahrradbügel am Reileck

Frau Dr. Burkert sagte, dass die Fahrradbügel an der ehemaligen Drogerie am Reileck abgebaut wurden. Sie fragte, ob der Sachverhalt der Stadtverwaltung bekannt ist und wenn ja, welche Gründe dafür vorlagen.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Frau Dr. Burkert zum Runden Tisch Radverkehr

Frau Dr. Burkert fragte, wann der kommende Runde Tisch Radverkehr tagen wird.

Herr Paulsen antwortete, dass ein Termin für Anfang Oktober und ein zweiter Termin für Dezember geplant sind.

zu 8.5 Herr Doege zur Ampelkreuzung Geiststraße/Große Ulrichstraße

Herr Doege bezog sich auf die Ampelkreuzung Geiststraße/Große Ulrichstraße, kommend aus Richtung Stadtmitte. Dort ist der Fahrradfahrverkehr vom Fußgängerverkehr getrennt geregelt und es kommt regelmäßig zu gefährlichen Begegnung des abbiegenden Verkehrs aus der Geiststraße. Er fragte, ob ein Verkehrsschild (Achtung Radfahrer) installiert werden kann.

Herr Teschner antwortete, dass bereits ein solches Schild bereits am Ampelmast für die Linksabbieger angebracht ist.

zu 8.6 Frau Thomann zum Dürreschutzkonzept

Frau Thomann stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zum Dürreschutzkonzept:

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - vgl. Antrag VII/2019/00320 - wurde die Stadtverwaltung beauftragt, bis Juni 2020 eine Bilanz der Dürreschäden vorzulegen, die verursacht durch die Niederschlagsdefizite der Jahre 2018 und 2019 an der Vegetation des Stadtgebietes festzustellen sind. Verbunden damit sollen die Sonderaufwendungen insbesondere an Wasser und Arbeitskräfteeinsatz bilanziert werden, die in diesem Zeitraum zur Bekämpfung von Dürreschäden erforderlich waren. Bei dieser Aufwandsbilanz sollten möglichst auch die Leistungen von Grundstückseigentümern und die Einsätze im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements berücksichtigt werden. Aufbauend auf diese Schadens- und Aufwandsbilanz soll ein Konzept erarbeitet werden, in dem die Schwerpunkte zukünftiger Bewässerungs- und Vegetationserhaltungsmaßnahmen ausgewiesen und begründet werden, sowie die dafür erforderlichen Ressourcen darzustellen sind. Gleichzeitig sind Möglichkeiten des Umbaus der innerstädtischen Vegetation zugunsten trockenresistenter Arten zu prüfen und vorzuschlagen.

Ich frage:

Wie ist der Stand der Erstellung der Schadens- und Aufwandsbilanz? Wann kann darauf aufbauend ein Dürreschutzkonzept erstellt und vorgelegt?

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass ein erster Entwurf auf Arbeitsebene vorliegt. Ziel ist es, noch in diesem Jahr eine Beschlussvorlage in den Gremienlauf zu bringen.

zu 8.7 Herr Krause zum Runden Tisch Wasserhaushalt

Herr Krause fragte, ob ein neuer Termin zum abgesagten Runden Tisch Wasserhaushalt geplant ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass ein neuer Termin angeboten werden soll.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin